

# Seit 1968 gefordert : Oppositionskonzept : 1929-1984

Autor(en): **Zwicker, Josef**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340100>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gekommen, denn wie gesagt, haben sich die Verhältnisse gegenüber dem letzten Herbst ausser der Wahl des Sozialdemokraten Otto Stich anstelle der Sozialdemokratin Lilian Uchtenhagen überhaupt nicht verändert. Niemand kann für sich in Anspruch nehmen, der einzig richtige und wahre Sozialdemokrat zu sein. Dazu kommt, dass Bundesräte noch nie geboren wurden, sondern stets mit dem Amt wachsen müssen.

Unter den Regierungspartnern muss aber nun ernsthaft und deutlich gesprochen werden. Im bisherigen Stil kann es nicht weitergehen. Gegen Ende der laufenden Legislaturperiode sollte an einem Parteitag Bilanz über das Erreichte und das Nichterreichte gezogen und endgültig über Austritt oder Verbleib im Bundesrat entschieden werden. Aus diesen Grün-

den plädiere ich heute für einen bis 1987 befristeten Verbleib im Bundesrat.

Somit kann die Frage des allfälligen Austritts aus dem Bundesrat mit Sachentscheidungen gekoppelt und nicht allein von personalen Fragen abhängig gemacht werden. Ich erinnere nochmals daran, dass bis zu den Ausmarchungen um die Bundesratswahlen niemand in unserer Partei ernsthaft von einem Rückzug aus dem Bundesrat gesprochen hat. Eine aus Parlamentariern und Nichtparlamentariern zusammengesetzte Kommission müsste unverzüglich die Konfliktstellen der Konkordanz auflisten und Vorschläge für deren Behebung machen, worauf mit den andern Regierungspartnern in Verhandlungen getreten werden könnte. Für mich ist klar, dass man bei unserem System im Gegensatz zum Koalitionsbündnis nicht eigentliche Bedingungen

stellen kann. Die gleiche Kommission hätte während der laufenden Legislaturperiode Bilanz über Erfolge und Misserfolge zu führen und dem Parteitag 1987 Bericht zu erstatten. Gleichzeitig sollte man Überlegungen über eine Attraktivierung der Oppositionsrolle anstellen, um dannzumal besser gewappnet zu sein als heute.

Vielleicht müsste man sich auch einmal überlegen, ob nicht eine Art Ehrenkodex geschaffen werden könnte, nach dem kein Sozialdemokrat gegen den offiziellen Kandidaten eine Wahl annimmt. Den Bürgerlichen bliebe dann nichts anderes übrig, als den offiziellen Kandidaten zu wählen oder uns aus dem Bundesrat hinauszukatapultieren. Was zu Beginn der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung möglich war, sollte eigentlich auch heute möglich sein.

*Seit 1968 gefordert: Oppositionskonzept*

## 1929 – 1984

*Von Josef Zwicker*

Die jetzigen Befürworter der Bundesratsbeteiligung kann man nach zwei Haltungen unterscheiden: Jene, die der Ansicht sind, das Dabeisein sei soviel wert, dass die negativen Auswirkungen der Beteiligung nicht oder kaum ins Gewicht fallen. Sie sind «hundertprozentig» oder «selbstverständlich» dafür. Man könnte sie die Unbedingten nennen. Die andern sind fürs Dabeisein unter Bedingungen. Sie nehmen 1. an, die Bedingungen seien im Januar 1984 noch soweit erfüllt, dass die SP zumindest bis 1987 im Bundesrat bleiben könne. Sie wollen 2. ihre Bedingungen etwas verschärfen und 3.

1987 über allfällige Massnahmen, d.h. über Sanktionen entscheiden.

### **Zu 1.**

**a)** Diese Auffassung ist insofern recht genügsam, als die formalen und die inhaltlichen Bedingungen schon in den Jahrzehnten bis 1983 ziemlich weit gesenkt worden sind. Die Einschränkungen durch das Kollegialprinzip z.B. hat man viel weitergehend geduldet, als es in der Absicht der Urväter der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung lag. «Der sozialdemokratische Bundesrat könnte in der Volksabstimmung gegen Gesetze, die der

Bundesrat beantragt hätte, ebensogut Stellung nehmen, wie der sozialdemokratische Nationalrat gegen solche, die der Nationalrat beschlossen hat» (Robert Bratschi, Rote Revue 9, 1929, S. 68f.). Das bürgerliche Diktat bei der Bestimmung der Kandidaten wurde widerstandslos hingenommen, als es sich die eifrigsten Befürworter der Beteiligung 1929 und 1943 ausmalen konnten. (Vgl. Basler Nachrichten, Beilage 2.12.1929, Nr. 329, und Ernst Nobs in Rote Revue 9, 1929/30, S. 147f., sowie die Resolution des Parteivorstandes vom 27.11.1943: Die SPS «bestimmt die Vorschläge für ihre Vertretung im Bundesrat selbstständig und lehnt jede Einmischung anderer Parteien in dieser Frage ab».)

Parallel dazu — und wohl nicht ganz unbeeinflusst durch die Fixierung auf die Bundesratsbeteiligung — erfolgten teils ver-

ständige teils weniger verständliche Abstriche am Inhalt der sozialdemokratischen Ziele. **b)** Mit der Wahl im Dezember 1983 ist etwas geschehen! Auch die meisten der bedingten Befürworter der Beteiligung sprechen von einer Ohrfeige oder ähnlichem. Es sei nur an eines erinnert: Wie die Bürgerlichen bei der Wahl ihres SP-Kandidaten nach der klaren Absage von Fritz Reimann innerhalb von zehn Tagen über Buser zu Stich gehüpft sind, ist doch politisch ziemlich unanständig. Die Frage stellt sich also, ob mit dem 7. Dezember die Minimalbedingungen nicht unterschritten wurden. Meines Erachtens ist dies der Fall.

## Zu 2.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die Bedingungen zu verschärfen: Entweder haben die «neuen Bedingungen» Hand und Fuss, d.h. sie verlangen, dass zusätzlich zu den gängigen bürgerlichen «Konzessionen» wichtige Forderungen der sozialdemokratischen Politik verwirklicht werden. Oder es handelt sich um Feigenblatt-Bedingungen. Manche der Bedingungen, von denen seit Jahresbeginn die Rede ist, gehören eher zur zweiten Sorte, z.B. die «Verbesserung des Konkordanzklimas» oder das «Entgegenkommen» bei den rechtlich völlig und politisch weitgehend unverbindlichen Legislaturzielen, ein Entgegenkommen, das sehr wenig aussagen würde über die Verwirklichung der Ziele. Von den Beteiligungsbedingungen der zweiten Art wird wenig gesprochen. Das erübrigt sich in der gegenwärtigen Lage auch weitgehend, und zwar nicht nur wegen des schweizerischen Regierungssystems. Dass die Bürgerlichen solche Bedingungen nämlich nicht erfüllen werden — und aus ihrer Sicht auch nicht erfüllen können —, ist ziemlich klar. Dazu braucht

man nicht einmal die NZZ zu lesen: «Sollte die Sozialdemokratische Partei ihr Verbleiben im Bundesrat von festen Zugeständnissen in Sachfragen am Anfang der Legislaturperiode abhängig machen wollen, so wären die Voraussetzungen für ein Verbleiben in der Landesregierung kaum mehr gegeben» (7./8.1.1984). Die Bürgerlichen, unter freisinniger Führung, fühlen sich nach den Wahlergebnissen von 1979 und 1983 in einer Position der Stärke. Sie haben dies zum Ausdruck gebracht, z.B. in der Art, wie ihre überwiegende Mehrheit die Zivildienstinitiative traktiert hat, oder mit den Beschlüssen zum Budget 1984 und nicht zuletzt am 7. Dezember. Es ist nicht einzusehen, und es würde von der grossen Mehrheit der bürgerlichen Wähler auch kaum verstanden, wieso ausgerechnet ab 1984 der sozialdemokratischen Mit-Regierungspartei Konzessionen gemacht werden sollten, die ihr in den vergangenen Jahren nicht zugestanden wurden. Dazu reicht das bisherige Vorgehen der Partei offenbar nicht aus.

Übrigens ist beim besten Willen nicht auszuschliessen, dass einige der bedingten Befürworter der Beteiligung mit der Bedingungsentscheidung bewusst oder unbewusst versuchen, auf Zeit zu spielen: Die Zeit soll helfen zu vergessen oder günstigstenfalls Wunden zu heilen — ohne dass sich an der Lage, d.h. am freisinnig-bürgerlichen Herr-im-Haus-Standpunkt, etwas Wesentliches ändert.

In diesem Zusammenhang ist auch an das Schicksal der Oppositionsvorbereitungen von 1968 zu erinnern. Am Parteitag stellte die Sektion St. Gallen, vertreten durch Genosse Schlegel, den folgenden Antrag: «Die schweizerische Geschäftsleitung wird beauftragt: 1. Die Stellung der SPS als Oppositionspartei neu zu über-

denken und auf Grund des Parteiprogrammes vom Jahre 1959 ein Mehrjahres-Aktionsprogramm auszuarbeiten, das sich von der Politik der Rechtsparteien deutlich abhebt und das für die wirtschaftliche und soziale Gestaltung unseres Landes klare Ideen und Vorschläge im Sinne des Sozialismus enthält. Dieses Aktionsprogramm ist dem nächsten ordentlichen Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen. 2. . . .» Der Antrag wurde vom Parteivorstand angenommen, allerdings ohne die Frist. Der Parteitag stimmte ihm einhellig zu, ebenfalls ohne Frist. Hat in den Jahren nach 1968 jemand dieses Oppositionskonzept gesehen? Der Antrag ist sozusagen verdampft. Ähnliches gilt von den Vorschlägen, die 1979 erörtert wurden, um die negativen Auswirkungen der Bundesratsbeteiligung zu mildern. Hat man nach 1979 ernsthaft versucht, nach ändern Koalitionspartnern Ausschau zu halten, um gelegentlich eine Mitte-Links-Regierung zu bilden? Wurde nach 1979 das Kollegialprinzip konsequent, wirkungsvoll überdacht und relativiert?

Das Oppositionskonzept, das 1968 gefordert worden war, hat in den darauffolgenden Jahren das Licht der Welt nicht erblickt. Von den 1979er Vorschlägen sind bestenfalls Bruchstücke ernsthaft weiterverfolgt worden.

## Zu 3.

Massnahmen oder Sanktionen 1987. 1987 ist ein Wahljahr. In diesem Jahr also, etwa sechs Monate vor den Wahlen, müsste man darüber diskutieren oder streiten, ob die «neuen Bedingungen» erfüllt seien oder nicht. Es ist gewiss nicht verwehrt anzunehmen, dass die Meinungen darüber geteilt blieben. Die Unbedingten wären wohl immer noch Unbedingte. Von jenen, welche 1984 die Bedin-

gungen verdeutlichen wollen, wären 1987 die einen der Auffassung, die Bedingungen seien hinreichend erfüllt, die andern fänden, sie seien es nicht. Und jene, die heute die Bundesratsbeteiligung ablehnen, wären 1987 kaum verschwunden. Ein knapper oder ein etwas weniger knapper Entscheid stünde also ins Haus, fürs Bleiben oder für den Austritt — all dies etwa ein halbes Jahr vor den Wahlen. Schon dieses Szenario 1987 zeigt, dass ein wesentlicher Bestandteil der 1984er Bedingungs-idee hinkt.

Nicht Bedingungen, deren Inhalt und Verwirklichung unvermeidlicherweise mehrdeutig, interpretationsbedürftig, teilweise illusionär und darum umstritten wären, sind 1984 zuhanden des Jahres 1987 zu formulieren, sondern ein Entscheid ist fällig, so hart dies auch sein mag: Wir kommen nicht darum herum, jetzt, im Februar 1984, zu entscheiden: bleiben oder austreten und einen neuen Weg zu gehen versuchen — bei aller Mühsal, die neue Wege mit sich bringen.

sen, dass die spezifisch schweizerische Form einer Grossen Koalition unserem Land ein hohes Mass an politischer Stabilität gesichert hat. Das soll hier nicht geleugnet werden. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems des Machtgleichs sind ein Minimum an Gemeinsamkeiten in den Wertvorstellungen und Zielsetzungen sowie die Respektierung von Spielregeln, die sich unter dem Begriff «faire Partnerschaft» zusammenfassen lassen.

Hier nun allerdings kommt man an der Feststellung nicht vorbei, dass diese Grundvoraussetzungen seit langem schon einem Erosionsprozess ausgesetzt waren. Im Zeichen der konservativen Tendenzwende, die — verschärft durch das Wahlergebnis vom vergangenen Herbst — das Rechtskartell seine Selbstsicherheit immer unverhohlener zur Schau tragen liess, kam die subtil austarierte Machtbalance mehr und mehr ins Rutschen. Der Druck auf sozialdemokratische Positionen, insbesondere in der Wirtschafts-, Sozial- und Aussenpolitik, wurde stärker, die Toleranzschwelle für alternative Positionen entsprechend niedriger — mit dem Resultat, dass das Mittragen von Verantwortung im Rahmen des Kollegialsystems für die Sozialdemokratie zur Gratwanderung wurde; der Kompromiss war häufig nurmehr zu haben um den Preis der Aufgabe linker Positionen. Nicht nur Willi Ritschard bekam das zu spüren; die Fraktion, aber auch die Partei insgesamt blieben vom unerbittlichen Konformitätsdruck nicht verschont. Das Arsenal der Gemeinsamkeiten wurde von Jahr zu Jahr kleiner, die Idee der Konkordanz allmählich zur politischen Dekoration. Die Sterilität der Regierungsparteiengespräche sowie die offensichtliche Unfähigkeit der Regierung

*Die herrschende Ordnung als die Ordnung der Herrschenden*

## Rien ne va plus!

*Von Andreas Blum, alt Nationalrat*

Der «schwarze Mittwoch», der 7. Dezember 1983, hat für die SPS den Charakter einer einschneidenden Zäsur. An diesem Tag kulminierte die Hintertreppen-Strategie der Bürgerlichen in einem Wahldiktat, in einer Machtdemonstration von seltener Arroganz. Das Wort «Provokation» ist hier eindeutig am Platz. Dieser rüde Stil, diese totale Absenz von Fairness, diese verlogenen Scheingefechte — und das alles in der Attitüde hämischer Schadenfreude: das war selbst für hartgesottene Praktiker des politischen Geschäfts neu.

Der 7. Dezember 1983 hat Spuren hinterlassen. Mit einemmal brach in der SPS auf, was von der Scheinharmonie der Konkordanz zu lange zugedeckt war: das Gefühl der totalen Desavouierung. In einer Mischung von Verletztheit und Zorn waren viele von einem Tag auf den andern nicht mehr bereit hinzunehmen, dass die SPS — je nach Situation — gegängelt oder diszipliniert oder

öffentlich lächerlich gemacht wird. Wie auch immer: Die Frage der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ist gestellt, und gleichgültig, wie sich der Parteitag entscheiden wird — *1984 wird für die SPS zu einem «Jahr der Wahrheit» werden.* Es steht viel auf dem Spiel: Die Partei kann, wenn sie zur Kompromisslosigkeit zurückfindet, an Profil gewinnen, oder aber sie geht einen Weg, der via Selbstverleugnung in die Bedeutungslosigkeit führt.

### *Die Zauberformel — ihre Spielregeln und ihr Preis*

Die Idee der Konkordanz hat an sich etwas Bestechendes: Durch die Teilhabe aller grossen Parteien an der Regierungsverantwortung ist — theoretisch zumindest — Gewähr geboten für eine optimale Ausbalancierung der verschiedenen Machtansprüche und Interessen. Man wird auch, im Rückblick auf 25 Jahre Zauberformel, objektiv feststellen müs-